

Vorfahrt für Soziales!

DIE LINKE.

im Mittelfränkischen Bezirkstag

Ansbach, 19.08.2013

Linke fordert Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)

Bezirkstag soll Farbe bekennen

Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele psychiatrische Zwangseinweisungen wie in Bayern. Die Zahl der Zwangsunterbringungen hat sich in den letzten 10 Jahren in Bayern verdoppelt. Im Jahr 2011 gab es allein in Bayern 11.000 Zwangseinweisungen. In Nürnberg stieg die Zahl vom Jahr 2003 mit 230 Unterbringungen auf 449 im Jahre 2012.

Ungerechtfertigte Zwangseinweisungen sind in Bayern an der Tagesordnung.

Außer in Bayern und Hessen gibt es in allen deutschen Bundesländern eine entsprechende Psychiatriegesetzgebung. In Bayern hingegen findet nach wie vor das geltende Unterbringungsgesetz, welches ursprünglich auf das Jahr 1952 zurück geht Anwendung.

Im Vordergrund des bayerischen Unterbringungsgesetz stehen nicht die Würde der betroffenen Personen, das Recht auf Selbstbestimmung und ein gesetzlich gesicherter Anspruch auf die Versorgung mit angemessenen Hilfen, sondern einzig die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“.

Dies entspricht weder der Psychiatrie-Enquete aus dem Jahre 1975, noch der UN-Behindertenkonvention aus dem Jahr 2009, geschweige denn den jüngsten Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes zum Thema Zwangsmaßnahmen.

„Diese Zwangseinweisungen müssen endlich ein Ende haben und dürfen nur das Mittel der allerletzten Wahl sein“, fordert der mittelfränkische Linkenbezirksrat Uwe Schildbach, der durch Antragstellung das Thema PsychKHG nun auf die Tagesordnung des mittelfränkischen Bezirkstags gesetzt hat. Schildbach ist der Meinung, dass durch ausreichend präventive Maßnahmen und ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, welches sich an den Interessen der Betroffenen orientiert, sich ein Großteil dieser Zwangsmaßnahmen verhindern ließen.

Zentrales Anliegen eines solchen Gesetzes muss die Würde und die Selbstbestimmung der betroffenen Personen sein.

Auch müsse sich aus einem bayerischen PsychKHG ein gesetzlicher Anspruch auf eine angemessene Versorgung für die Betroffenen ableiten lassen.

Um dies zu gewährleisten ist ein konsequenter Ausbau der psychosozialen Versorgungsstrukturen notwendig. Dazu gehören z.B. ambulante Krisendienste,

aufsuchend tätige Sozialpsychiatrische Dienste und die Schaffung von sog. Krisenrückzugsräumen. Ferner bedarf es in Bayern dringend unabhängiger Beschwerdestellen für Psychiatriegeschädigte und ein verbindliches Dokumentations- und Meldesystem für Zwangsmaßnahmen

Die bayerischen Bezirke sollten ein reges Interesse an der Schaffung eines PsychKHG haben, denn mit einem zeitgemäßen bayerischen PsychKHG, hätten auch die bayerischen Bezirke einen klaren Handlungsauftrag, die Hilfen wären demnach gesetzliche Aufgaben und keine „freiwilligen Leistungen“ mehr.

„Gesundheitspolitik muss somit von den Bezirken nicht länger nach Kassenlage betrieben werden, psychosoziale Leistungsanbieter hätten endlich Planungssicherheit und unmenschliche Zwangsmaßnahmen gegen hilfebedürftige Menschen könnten in Zukunft vermieden werden“, so Schildbach abschließend.

Die Linke im Mittelfränkischen Bezirkstag c/o Uwe Schildbach
Schenkstraße 27, 91522 Ansbach

An den
Bezirkstagspräsidenten
Richard Bartsch
Bezirk Mittelfranken
Danziger Straße 5

91522 Ansbach

Ansbach, 19.08.2013

Antrag an den Sozialausschuss am 18.09.2013, Bezirksausschuss am
19.09.2013 und Bezirkstag am 30.09.2013

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

hiermit stelle ich den Antrag, der Bezirkstag von Mittelfranken möge be-
schließen:

Der Bezirkstag von Mittelfranken unterstützt die Bemühungen der Wohl-
fahrtsverbände und Initiativen zur Schaffung eines Gesetzes zum Schutz
psychisch erkrankter Menschen (Psychiatrie-Krankenhilfegesetz) in Bay-
ern, welches sich im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention an den
Interessen der Betroffenen orientiert.

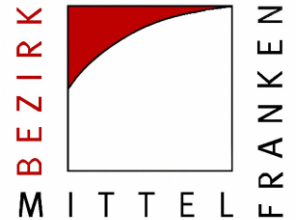
Im Zuge dessen, trägt sich der Bezirk Mittelfranken als Gebietskörper-
schaft in die Unterstützerliste der Initiative AG PsychKHG der PSAG Nürn-
berg ein und bringt diese Thema auf die Tagesordnung des Verbands der
bayerischen Bezirke.

Antragsbegründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Schildbach
Bezirksrat



Vorfahrt für Soziales!
DIE LINKE.
im Mittelfränkischen Bezirkstag

Bezirksrat
Uwe Schildbach

Schenkstraße 27

91522 Ansbach

Telefon: 0981-86492
Mobil: 0172-9093594

Email:

Uwe.Schildbach@web.de

